



Gewerkschaft der Polizei

www.gdp-saarland.de

Kaiserstr. 258 * 66133 Saarbrücken

Tel.: 0681 84124 10, Fax: - 15

Email: gdp-saarland@gdp-online.de

Tarifverhandlungen öffentlicher Dienst: Geschafft!

Am gestrigen Sonntag ist nach langen und schwierigen Verhandlungen in den seit Anfang Januar 2009 laufenden Tarifverhandlungen zum Abschluss der vierten Verhandlungsrunde ein Kompromiss erzielt worden, der in diesen schwierigen Zeiten einen unnötigen Streik im öffentlichen Dienst verhindert hat.

In dieser vierten Verhandlungsrunde in Potsdam haben wir natürlich auch die Interessen und Erwartungen der saarländischen Polizeibeschäftigten vertreten.

Vera Koch und Martin Speicher als Mitglieder der GdP-Tarifkommission sowie Hugo Müller als stv. GdP-Bundesvorsitzender waren dabei und mittendrin.

Hier die wichtigsten Ergebnisse:

1. Einmalzahlung für die Monate Januar und Februar 2009 in Höhe von insgesamt 40 Euro für die beiden Monate
2. Erhöhung aller Tabellenentgelte ab 01. März 2009 einheitlich um 40 Euro
3. Anschließende Erhöhung der Tabellenentgelte ab 01. März 2009 um 3%
4. Erhöhung der Tabellenentgelte ab 01. März 2010 um weitere 1,2%
5. Erhöhung der mtl. Ausbildungsentgelte um 60 Euro ab 01. März 2009 und um weitere 1,2% ab 01. März 2010
6. Streichung des § 18 TV Länder. Dies bedeutet inhaltlich: Wegfall der Leistungsentgelte, verbunden mit einer Integrierung in die Tabellenentgelte.

Durch den einheitlichen Betrag von 40 Euro pro Monat, der in alle Tabellenwerte ab 01. März 2009 eingearbeitet wird, entstehen letztlich für die einzelnen Entgeltgruppen unterschiedliche prozentuale Wirkungen:

Für uns war es in den Verhandlungen wichtig, dass in den unteren Entgeltgruppen eine besondere soziale Komponente entsteht.

Dies bedeutet konkret, dass gegenüber dem errechneten durchschnittlichen Anstieg von 5,8% bis Ende 2010 der Anstieg in den unteren Gruppen noch höher ist.

So lässt sich beispielsweise für die Entgeltgruppe 4 Stufe 4 ein prozentualer tabellenwirksamer Entgeltanstieg von 6,23% feststellen.

Der Anstieg beträgt vergleichsweise in der Entgeltgruppe 8 Stufe 4 5,92%, und er liegt schließlich in der Entgeltgruppe 13 Stufe 4 bei 5,31%.

Aus unserer Sicht ist der Abschluss ein typischer Kompromiss, der angesichts der derzeitigen gesamtwirtschaftlichen Lage als ein guter Kompromiss für die Beschäftigten zu sehen ist.

Übertragung auf Beamte und Versorgungsempfänger

Gerade angesichts der mehrfachen Äußerungen des Ministerpräsidenten, Peter Müller, und des Innenministers, Klaus Meiser, besteht jetzt unsere Erwartung einer zeit- und inhaltsgleichen

Übertragung auf Beamte und Versorgungsbezieher.

In diesem Sinne haben die Vorsitzenden der ÖD-Gewerkschaften in Abstimmung mit dem DGB-Vorsitzenden Eugen Roth bereits gestern Abend in einem Brief an den Ministerpräsidenten folgende Erwartungshaltung dargestellt:

Ergebnisse der heutigen Tarifverhandlungen zeit- sowie inhaltsgleich auf den saarländischen Beamten- und Versorgungsbereich übertragen!

Bitte um einen unverzüglichen Terminvorschlag für ein Spitzengespräch

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes im DGB haben heute in Potsdam ein aufgrund der Gesamtrahmenbedingungen akzeptables Ergebnis für unsere Beschäftigten im öffentlichen Dienst ausgehandelt. Maßgeblichen Einfluss auf den Abschluss hatten offensichtlich auch die machtvollen Warnstreiks unserer Beschäftigten, die damit eindrucksvoll ihre Kampfbereitschaft unterstrichen haben. Die Erwartungshaltungen waren aufgrund verschiedener Äußerungen auch von einzelnen Arbeitgebervertretern zwar noch höher. Letztendlich erscheinen die Ergebnisse, die in Form eines ihnen und uns vorliegenden, 6 seitigen „Einigungspapiers“ (Stand: 11.00 Uhr, heute) schriftlich festgehalten wurden, aber doch akzeptabel. Meine Erkenntnis stützt sich auch auf Informationen unseres Ver.di Landesleiters Alfred Staudt sowie unserer saarländischen Vorsitzenden Klaus Kessler, GEW Saar und Hugo Müller, GdP Saarland, die unmittelbar an den Tarifverhand-

lungen in Potsdam als Mitglieder der Tarifkommission beteiligt waren.

Unsere Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes im DGB insgesamt und speziell im DGB Saar (Ver.di, GdP, GEW und IG BAU) erwarten nun eine unverzügliche zeit- und inhaltsgleiche Übertragung auf den Beamten- und Versorgungsbezieherbereich. Wir haben aufgrund vorheriger Äußerungen ihrerseits in Gesprächen mit uns bzw. bei öffentlichen Anlässen und Veranstaltungen die Überzeugung, aber auch Erwartung, dass eine zeit- und inhaltsgleiche Übertragung von ihnen und ihrer Regierung im Saarland unverzüglich umgesetzt wird. Der Minister für Inneres und Sport, Klaus Meiser, hatte bei der Warnstreikdemo am 12. Februar 2009 vorm Innenministerium genau dies bei seiner Rede auf unserer Streikbühne nochmals betont und herausgestellt. Eine nochmalige Abkopplung der Beamtinnen und Beamten sowie der Versorgungsbezieher wäre für uns nicht nachvollziehbar, und auch nicht hinnehmbar.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, vor diesem Hintergrund bitten wir sie, uns schnellstmöglich einen Terminvorschlag für ein Spitzengespräch mit den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und dem DGB Saar hinsichtlich der genauen Übertragungsmodalitäten auf den Beamten- und Versorgungsbereich zu unterbreiten.

Mit freundlichen Grüßen

Eugen Roth

Wir berichten in den nächsten Tagen bei Personalversammlungen und in der nächsten DP ausführlich.

GdP – Wir kümmern uns!

Der Landesvorstand



Einigung im Tarifstreit – Vertretbares Ergebnis Fünf Prozent mehr

Potsdam. Für den öffentlichen Dienst der Länder gibt es eine Tarifeinigung. Arbeitgeber und Gewerkschaften haben im Tarifstreit um den öffentlichen Dienst der Länder einen Kompromiss erzielt. Unbefristete Streiks sind damit abgewendet.

Die Einkommen der 700.000 Beschäftigten der Länder werden in zwei Stufen um rund fünf Prozent, verteilt auf zwei Jahre, steigen. Aus diesen Schritten errechnet sich ein Gesamtvolumen von etwa 5 Prozent. Der Sockelbetrag schlägt mit rund 1,6 Prozent zu Buche. Berücksichtigt man dazu noch den tabellenwirksamen Einbau der Leistungszulage, beträgt das Volumen über die gesamte Laufzeit sogar 5,8 Prozent.

Auszubildende erhalten 60 Euro ab 1. März 2009 und noch einmal 1,2 Prozent ab 1. März 2010. Im Tarifgebiet Ost werden zum 1. Januar 2010 alle Entgelte auf 100 Prozent des Westniveaus angepasst.

Das Verhandlungsergebnis im Einzelnen:

- Einmalzahlung insgesamt 40 Euro für Januar und Februar 2009
- Sockelbetrag 40 Euro ab 1. März 2009
- anschließend 3,0 Prozent ab 1. März 2009
- 1,2 Prozent ab 1. März 2010
- keine Abkopplung des Tarifgebietes Ost
- Auszubildende 60 Euro ab 1. März 2009 und noch einmal 1,2 Prozent ab 1. März 2010
- Laufzeit bis 31. Dezember 2010

Auf dieses Ergebnis haben sich nach zähem Ringen die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes mit den Arbeitgebern am Sonntag, den 1. März 2009, in der 4. Verhandlungsrunde in Potsdam geeinigt.

GdP-Vorsitzender Konrad Freiberg, Mitglied der Sondierungskommission: „Das ist ein vertretbares Ergebnis angesichts der sehr schwierigen Rahmenbedingungen, besonders für die unteren Einkommensgruppen. Ich freue mich, dass wir zudem erreichen konnten, dass die Einkommenserhöhungen zeitgleich für Ost und West gelten. Wir fordern die Länder auf, das Ergebnis zeit- und inhaltsgleich für die Beamtinnen und Beamten zu übernehmen.“

Kerstin Philipp, stellvertretende GdP-Bundvorsitzende und zuständig für Tarifpolitik: „Die Kampfbereitschaft, die unsere Kolleginnen und Kollegen in den letzten zwei Wochen noch einmal unter Beweis gestellt haben, hat eindeutig zu diesem verbesserten Ergebnis geführt.“

Am Samstag, den 28. Februar 2009, waren die Verhandlungen nach vier Stunden unterbrochen worden. Beide Seiten hatten sich aber zuversichtlich über eine rasche Einigung gezeigt. Die Mitglieder der Sondierungskommission bezeichneten das Klima der Gespräche als konstruktiv.

Die Gewerkschaften hatten vor der Aufnahme der Gespräche angekündigt, die 4. Verhandlungsrunde in Potsdam sei "die entscheidende Runde und der letzte Versuch, zu einem Ergebnis zu kommen". Gebe es keinen Abschluss, werde es Urabstimmungen über einen unbefristeten Streik geben.



TARIFRUNDE LÄNDER 2009



Die Gewerkschaften haben – mit dem Rückenwind aus den Warnstreiks und Protestaktionen der vergangenen Wochen – das erste Angebot der Arbeitgeber vom 14. Februar deutlich verbessern können. Mit diesem Ergebnis haben die Gewerkschaften ihre Kernziele erreicht.

Die Einkommen im öffentlichen Dienst entwickeln sich wieder im Gleichklang, die Beschäftigten der Länder halten wieder Anschluss an ihre Kolleginnen und Kollegen bei Bund und Kommunen: Im Jahre 2009 kommen sie bis auf 10 Euro pro Monat an sie heran, im Jahr 2010 übertreffen sie dann sogar deren Werte.

Zu verdanken ist dieser Erfolg vor allem dem großen Engagement bei den Demonstrationen und Warnstreiks.

Der Einigung vorausgegangen waren harte Verhandlungen und ausgiebige Debatten in der Verhandlungs- und in den Tarifkommissionen. Mit großer Mehrheit billigte die Große Tarifkommission der Gewerkschaft der Polizei das Verhandlungsergebnis. Das Ergebnis wurde insgesamt als vertretbarer Kompromiss, mit dem letztendlich lang andauernde Streiks abgewendet werden konnte, angenommen.

- Die Reallöhne bei den Ländern steigen wieder deutlich – nach Jahren des Verlusts: Im Durchschnitt werden die Tabellenentgelte 2009 um ca. 120 Euro und zusammen mit 2010 um ca. 155 Euro erhöht.
- Der Sockelbetrag bedeutet eine spürbare soziale Komponente, die im ersten Angebot der Arbeitgeber noch nicht vorgesehen war. Sie kommt vor allem den unteren Entgeltgruppen zugute.
- Die "Doppel-Null" ist vom Tisch, es gibt keine Nullmonate mehr.
- Für Auszubildende ist ebenfalls ein deutlicher Zuwachs erreicht. Ihre Vergütungen liegen nun sogar 13 bis 17 Euro über dem Niveau bei Bund und Kommunen.
- Die Beschäftigten in Ost und West werden gleich behandelt.
- Nicht zuletzt schafft das Ergebnis auch einen wichtigen Konjunkturimpuls.

Die Gewerkschaft der Polizei dankt allen Kolleginnen und Kollegen für die rege Teilnahme an den Aktionen, Demonstrationen und Warnstreiks!



Das geht uns ALLE an. Einkommensrunde 2009!



PASSFOTO

LB

MITGLIEDSNUMMER

BEITRITTSERKLÄRUNG

Hiermit trete ich der Gewerkschaft der Polizei bei, deren Satzung ich anerkenne.

Bitte ausfüllen und anschließend unterschrieben an den Landesbezirk oder die entsprechende Untergliederung senden!

Ich ermächtige die **Gewerkschaft der Polizei** und die in ihrem Auftrag handelnde Organisations- und Service-Gesellschaft der Gewerkschaft der Polizei mbH, die in Zusammenhang mit der Mitgliedschaft stehenden Daten zu speichern, soweit dies zur üblichen Betreuung des Ermächtigenden oder zur ordnungsgemäßen Durchführung der Mitgliedschaft erforderlich ist. Die Vorschriften des Bundesdatenschutzgesetzes zur Datenübermittlung bleiben unberührt. Ich erkläre mich damit einverstanden, dass die Deutsche Post AG im Umzugsfalle meine neue Adresse an den Verleger der Mitgliedszeitschrift DEUTSCHE POLIZEI weiterleitet.

LANDESBEZIRK

ANREDE

HERR

FRAU

TITEL

NAME/VORNAME

GEBURTSDATUM

STRASSE UND HAUSNUMMER

POSTLEITZAHL/ORT

BUNDESLAND

BANKVERBINDUNG

BANKLEITZAHL

KONTONUMMER

GEWERKSCHAFTSBEITRITT/KREISGRUPPE

STATUS

BEAMTE(R)

TARIFBESCHÄFTIGTE(R)

BEI: SCHUPO/KRIPO/VERW./BEPO/WASSERSCHUTZ/ETC.

TEILZEIT

NEIN

JA

_____ STD/WOCHE

BESOLDUNGS-, VERGÜTUNGS-, LOHN-, ENTGELTGRUPPE

BISHERIGE MITGLIEDSCHAFT
IN ANDEREN GEWERKSCHAFTEN

von/bis:

TELEFON

Privat:

Dienstlich:

MOBILTELEFON

Privat:

Dienstlich:

TELEFAX

Privat:

Dienstlich:

E-MAIL

Privat:

Dienstlich:

Abbuchung ab:

Einzugsermächtigung:

Hiermit ermächtige ich die **Gewerkschaft der Polizei** - bis auf Widerruf -, den Gewerkschaftsbeitrag vierteljährlich bei Fälligkeit (1. Februar, 1. Mai, 1. August, 1. November) zu Lasten meines oben stehend bezeichneten Kontos mittels Lastschrift einzuziehen. Wenn mein Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens der konföhrhenden Bank keine Verpflichtung zur Einlösung.

Aufgenommen durch:

Name

Mitgliedsnummer Werber

ORT

DATUM

UNTERSCHRIFT

GdP-LEISTUNGEN

(Stand: April 2007)



Leistungen, die im GdP-Beitrag enthalten sind

- ▶ **Rechtsschutz** - nach der Rechtsschutzordnung der GdP -.
- ▶ **Sterbegeldbeihilfe** in Höhe von bis zu 410,- €, die beim Tod des Mitglieds sowie seines Ehegatten gewährt wird.
- ▶ **Unfall-Versicherung** bis zu 2.000,- € für den Fall des Unfall-Todes und bis zu 3000,- € der Unfall-Vollinvalidität innerhalb und außerhalb des Dienstes.
Bei gewaltsamen Tod im Dienst durch eine vorsätzliche Straftat eines Dritten, ist die **dreifache** Todesfallsumme versichert.
- ▶ **Diensthauptpflicht-Regressversicherung** mit den Deckungssummen:
1.000.000,- € pauschal für Personen- und Sachschäden,
13.000,- € Vermögensschäden,
26.000,- € Schlüsselverlust,
5.000,- € Abhandenkommenschäden,
700,- € Verlust von Verwarnungsbüchern.
 - Mitversichert ist auch das **außerdienstliche** Führen und Besitzen von Schusswaffen und Waffen jedoch nur dann, wenn die dienstlichen Bestimmungen des jeweiligen Landes/des Bundes greifen, der außerdienstliche Bereich umfasst ist und die jeweiligen Voraussetzungen vom GdP-Mitglied erfüllt werden.
Für Sach-, Vermögens- und Abhandenkommenschäden besteht ein Selbstbehalt in Höhe von 50,- €. Abhandenkommenschäden, die im Zusammenhang mit der Auskleidung beim Ausscheiden aus dem Polizeidienst erkannt werden, sind nicht versichert.
 - Bei Regressforderungen des Dienstherrn, die sich aus dem Führen von Polizeifahrzeugen, Polizeibooten, Polizeihubschraubern, Polizeihunden und Polizeipferden ergeben.
Deckungssummen: 110.000,- € für Personen-, 52.000,- € für Sach- und 52.000,- € für Vermögensschäden.
In den Landesbezirken **Baden-Württemberg**, **Bayern** und **Hamburg** bestehen gesonderte Verträge.
- ▶ Sofern die Leistung der „GdP-Rente“ bei der IDUNA Leben besteht, haben GdP-Mitglieder folgende Zusatzleistungen:
 - Bei gewaltsamen Tod im Dienst durch eine vorsätzliche Straftat eines Dritten ist eine Todesfall-Leistung von 15.000,- € versichert.
 - Im Invaliditätsfall bis max 6.000,- €.

Zusätzliche Angebote zur Absicherung

- a) **die GdP-VISACard / MasterCard im KartenDoppel**
 - im ersten Jahr kostenlos, 17,90 € in den Folgejahren (inkl. kostenloser Partnerkarten).
Gebührenerstattung wenn der Jahresumsatz 2.500 € übersteigt.
- b) **Advocard-Rechtsschutzversicherung AG (Über die Organisations- und Service-Gesellschaft der Gewerkschaft der Polizei mbH - OSG -)**
 - **Verkehrs-Rechtsschutzversicherung**, optimaler, zeitgemäßer Schutz für Eigentümer, Halter und Insassen von Fahrzeugen. Bei einer Deckungssumme von 500.000 € je Schadenereignis und zusätzlich für die darlehnsweise Bereitstellung von Strafkautionen bis zu 100.000 € beträgt der Jahresbeitrag (ohne Selbstbeteiligung im Schadentfall) Single-Tarif 52,00 € / Familien/ Partner Tarif 74,30 €. Ergänzend hierzu den günstigen Privat- und Wohnungs-Rechtsschutz zum Jahresbeitrag von 154,70 €.
- c) **bei der PVAG Polizeiversicherungs-AG**
 - **Erhöhung der im Mitgliedsbeitrag enthaltenen Unfall-Versicherung**
 - **Hausratversicherung** mit Haushaltglasversicherung
 - **Wohngebäudeversicherung** zum gleitenden Neuwert
 - **Haftpflichtversicherungen: Privat-Haftpflicht, Tierhalter-Haftpflicht, Bauherren-Haftpflicht, Haus- und Grundbesitzer-Haftpflicht**
 - **Reisegepäckversicherung**

Gewerkschaft der Polizei - Bundesvorstand

Forststraße 3a
40721 Hilden
Telefon 02 11/71 04-0
gdp-bund-hilden@gdp-online.de

Stromstraße 4
10555 Berlin
Telefon 0 30/ 39 99 21-0
gdp-bund-berlin@gdp-online.de

Die Risiken eines verantwortungsvollen Berufes und unserer modernen, technisierten Umwelt kann niemand allein tragen.

Die Gewerkschaft der Polizei bietet ihren Mitgliedern deshalb Leistungen an, die entweder durch den Gewerkschafts-Mitgliedsbeitrag abgegolten sind oder durch besondere Gruppen- bzw. Rahmenverträge zu besonders günstigen Konditionen angeboten werden.

www.gdp.de